

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 25. April 2006
Antragsnr.: 077/2006
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: OBM/Dr. Balleis
mit Referat:



GRÜNE LISTE
Stadtratsfraktion

Rathausplatz 1
Zimmer 206/207
91052 Erlangen
tel 09131/862781 fax 09131/861681

Büro: Mo 10-12, 16-18 Di 10-12 Do 12-14

<http://www.gl-erlangen.de>
e-mail: gruene-liste@erlangen.de

Erlangen, den 25.04.2006

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Dringlichkeitsantrag für den Stadtrat am 27.4.:
Stellungnahme des Oberbürgermeisters und des Stadtrates an die
Bayerische Staatsregierung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

seit nunmehr zweieinhalb Monaten befinden sich die Beschäftigten an den Erlanger Unikliniken im Arbeitskampf. Sie streiken für den Erhalt der 38,5 Stundenwoche für alle Beschäftigten und dafür, dass der Freistaat wieder einen Tarifvertrag für seine Beschäftigten abschließt.

„Sollte die 42-Stunden-Woche per Tarifvertrag oder durch einen fortdauernden tariflosen Zustand für die Beschäftigten in Bayern Realität bleiben, dann bedeutet das für Erlangen einen Verlust von mindestens 1000 Arbeitsplätzen. Der Kaufkraftverlust durch den Wegfall von Urlaubs- und Weihnachtsgeld summiert sich auf ca. 40 Mio Euro. (Aus einem Brief von ver.di an den Oberbürgermeister vom 19.4.)

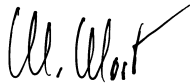
Am Montag besuchten Beschäftigte der Unikliniken den Erlanger Oberbürgermeister, um ihre Probleme darzustellen „die bald auch die Probleme der Stadt Erlangen sein können.“ U. a. forderten sie, dass der Oberbürgermeister dazu einen Standpunkt einnimmt und an die Staatsregierung appelliert, dass sie zumindest ihre starre Haltung aufgeben und an den Verhandlungstisch zurückkehren solle. Nach einiger Diskussion äußerte der Oberbürgermeister „Verständnis“ für das Anliegen der Streikenden, sagte aber lediglich zu, dass er bei nächster Gelegenheit den bayerischen Ministerpräsidenten persönlich auf dieses Thema ansprechen und seine Äußerungen dazu wiederum mitteilen werde.

Wir beantragen dazu einen an die Staatsregierung gerichteten offenen Brief mit in etwa folgendem Inhalt:

Der Oberbürgermeister und der Stadtrat haben Verständnis für das Anliegen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst an den Erlanger Unikliniken und befürchten Nachteile für die Stadt Erlangen wie Arbeitsplatz- und Kaufkraftverlust, sollte es nicht zu einer Einigung kommen. Sie appellieren an die bayerische Staatsregierung, an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Winkler

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Winkler' followed by a stylized flourish.

F.d.R.: Most